



Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

31. Sitzung (öffentlich)

14. September 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:55 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Stephan Haupt (FDP) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Störungen im Hambacher Forst (s. Anlage 1)	9
Bericht der Landesregierung	
2 Aktuelle Viertelstunde: Mietpreisbremse (s. Anlage 2)	23
Bericht der Landesregierung	

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen Tagesordnungspunkt 1 „Überschuldete Kommunen finanziell handlungsfähig machen! Die Landesregierung muss die Initiative für einen kommunalen Altschuldenfonds ergreifen!“ auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben.

3 Theater- und Orchesterpakt erneuern – Landesregierung soll Vielfalt der Theater- und Orchesterlandschaft in Nordrhein-Westfalen sicherstellen **27**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1992

Ausschussprotokoll 17/307

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/1992 abzulehnen.

4 Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes **28**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2659

Ausschussprotokoll 17/343

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2659 anzunehmen.

5 Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen **31**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2992

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2992 anzunehmen.

6 Gelebte Heimat – Aufnahme ausgewählter typischer Arbeitersiedlungen des Ruhrgebiets in die Liste der UNESCO-Welterbestätten 32

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/3024

Der Ausschuss beschließt, das weitere Verfahren im Rahmen einer Obkleuterunde zu klären.

7 Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften 33

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2994

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3200

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
und der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3601

8 Vermüllung der öffentlichen Räume stoppen – Landesregierung muss Vermeidungskonzept entwickeln 34

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3014

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/3014 abzulehnen.

- 9 Hitzebelastung senken sichert Lebensqualität in NRW** **35**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3015
- Der Ausschuss kommt überein, sich an einer Anhörung des federführenden Ausschusses nachrichtlich zu beteiligen.
- 10 Sachstand Flächenpool (s. Anlage 3)** **36**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1043
- 11 Evaluationsbericht zum Denkmalschutzgesetz (DSchG) (s. Anlage 4)** **37**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage wird erwartet
- Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu verschieben.
- 12 Auslaufen der LEG-Sozialcharta nach 10 Jahren – Braucht es eine Sozialcharta 2.0? (s. Anlage 5)** **38**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1072
- 13 Auswirkungen des GFG 2019 transparent machen – Warum legt die schwarz-gelbe Landesregierung keine Vergleichsrechnung vor? (s. Anlage 6)** **39**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1071
- in Verbindung mit:
- GFG 2019 (s. Anlage 7)**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1071

- 14 Übersicht über die Städtebauförderung in NRW für das Jahr 2018** (s. *Anlage 8*) **45**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1069
- 15 Heimatförderprogramm des MHKBG** (s. *Anlage 9*) **46**
Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1070

* * *

7 Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/2994

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3200

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
und der Fraktion der FDP
Drucksache 17/3601

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU) beantragt eine Anhörung.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) erinnert daran, auf Bitten und Drängen gerade der Koalition habe man sich auf Basis des ursprünglichen Gesetzentwurfs auf ein Verfahren verständigt, das nun durch den Änderungsantrag infrage gestellt werde. Dass die Regierungsfractionen frühzeitig reklamierten, dass die Frage der Integrationsräte zusätzlich beraten werden solle, halte er für fair und vernünftig, weil sich andernfalls neue Anhörungsrechte beim Sachverhalt ergäben.

Daher bitte er darum, mindestens die Landesarbeitsgemeinschaft der Integrationsräte vor die Klammer der Sachverständigen zu ziehen wie auch die Freie Wohlfahrtspflege.

Vorsitzender Hans-Willi Körfges stellt fest, es scheine aufseiten der Antragsteller kein Problem zu geben, im Zusammenhang mit dem Änderungsantrag so zu verfahren. Die Anhörung finde am 5.10.2018 statt.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) erklärt, es sei für ihn ausreichend, die Landesarbeitsgemeinschaft vor die Klammer zu ziehen.

